

Isabel Kling  
Pressesprecherin  
Telefon (0711) 20 63-819 und -815  
Mobil: 0172-7338969  
Isabel.kling@cdu.landtag-bw.de  
Haus der Abgeordneten 70173 Stuttgart

31. Januar 2012

# P r e s s e m i t t e i l u n g

Nr. 24/2012

**Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft auf beiden Seiten des Rheins verabschieden gemeinsame Resolution:**

**Zweite Rheinbrücke JETZT! Keine Verzögerung des Erörterungstermins!**

„Die Zweite Rheinbrücke ist für die Menschen und die Wirtschaft dringend erforderlich. Die grün-rote Landesregierung muss sich jetzt endlich zu der wichtigen Infrastrukturmaßnahme bekennen und sie vorantreiben“, forderte die verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Nicole Razavi heute in Karlsruhe. „Statt der vielen widersprüchlichen Aussagen muss die Landesregierung jetzt endlich mit einer Stimme sprechen.“

Auf Initiative des Arbeitskreises für Verkehr und Infrastruktur der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg haben sich am 31. Januar 2012 Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, kommunale Mandatsträger und Wirtschaftsvertreter in Karlsruhe getroffen. Dabei haben sie sich einen

Überblick über die Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke verschafft und eine gemeinsame Resolution verabschiedet, mit der die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu einer Fortsetzung der Planfeststellung und einer weiteren Planung hinsichtlich einer Fortführung zur B 36 aufgefordert werden.

“Die grün-rote Landesregierung und insbesondere die zuständige Staatssekretärin tun alles, um die zweite Rheinbrücke zu verhindern. Dabei wissen sie spätestens seit dem Faktencheck, dass die zweite Rheinbrücke dringend notwendig und richtig ist. Diesen Verhinderungskurs liegt einmal mehr bloße grüne Ideologie zugrunde. Das hat inzwischen offensichtlich auch der Minister für Wirtschaft und Finanzen Dr. Nils Schmidt gemerkt, wenn er bei der IHK Karlsruhe erklärt, dass er für die zweite Rheinbrücke sei. Deshalb muss man die Landesregierung jetzt nachdrücklich auffordern ihrer Pflicht nachzukommen und die Planfeststellung für die zweite Rheinbrücke voranzubringen. Konkret steht jetzt der Erörterungstermin an, der nicht durch immer neue Verhinderungsstrategien verzögert werden darf. In einem zweiten Schritt sind die Planungen für die Anbindung an die B 36 anzubringen”, sagten die Verkehrspolitische Sprecherin der CDU- Landtagsfraktion Nicole Razavi und der Karlsruher-Landtagsabgeordnete Manfred Groh.

Die gemeinsame Resolution finden Sie in der Anlage:

Auf Initiative des Arbeitskreises für Verkehr und Infrastruktur der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg beschlossen die Unterzeichner folgende gemeinsame Resolution:

**Zweite Rheinbrücke JETZT! Keine Verzögerung des Erörterungstermins!**

**Auf beiden Seiten des Rheins stehen wir geschlossen hinter der Planung für eine zweite Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth und fordern deren rasche Verwirklichung.**

Wir fordern die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf, die laufenden Planfeststellungsverfahren unverzüglich fortzusetzen. Nachdem der Faktencheck die eindeutige Notwendigkeit dieses Infrastrukturprojektes untermauert hat, müssen jetzt die Verfahren zügig vorangebracht und zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Als nächster Schritt steht der Erörterungstermin an. Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Für eine Verzögerung gibt es keine Gründe. Jetzt müssen schnellstmöglich die Erörterungstermine auf beiden Seiten des Rheins angesetzt und durchgeführt werden. Damit ist der Weg frei für die Planfeststellungsbeschlüsse, die die Voraussetzung für die Verwirklichung dieses bedeutenden Brückenschlags über den Rhein bilden. Gleichzeitig müssen die Planungen für die überregionale Anbindung bis zur B 36 energisch vorangetrieben werden.

**Vor allem folgende Gründe machen die Brücke aus unserer Sicht zwingend erforderlich:**

1. Verknüpfung des dynamischen Wirtschaftsraums links und rechts des Rheins.
2. Die bestehende Brücke ist seit Jahren völlig überlastet.
3. Bei einem Schiffsunfall droht der Totalausfall.
4. Bei Teil- oder Vollsperrung der Brücke gibt es keine akzeptable Alternative.
5. Die notwendige Sanierung schafft keine neuen Kapazitäten und reicht als Lösung nicht aus.
6. Eine Zweite Rheinbrücke für den Straßen- und Radverkehr ist für die weitere positive Entwicklung in der Region unverzichtbar.

Für die CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg: Nicole Razavi, Manfred Groh, Katrin Schütz, Joachim Kößler, Rudolf Köberle, Thaddäus Kunzmann

Für die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz: Martin Brandl,  
CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther (Karlsruhe) und Dr. Thomas Gebhart (Südpfalz),

Für die Wirtschaft: IHK-Präsident Bernd Bechtold,

Für den Eurodistrikt PAMINA: Josef Offele,

Für den Regionalverband Mittlerer Oberrhein: Josef Offele und Dr. Gerd Hager,

Für den Landkreis Karlsruhe: Landrat Dr. Christoph Schnaudigel,

Für den Landkreis Germersheim: Landrat Dr. Fritz Brechtel,

Für die Stadt Wörth: Bürgermeister Harald Seiter,

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion Stadt Karlsruhe: Gabriele Luczak-Schwarz

Karlsruhe, Dienstag 31.01.2012